



**Rede des Fraktionsvorsitzenden Jürgen Siebert
zum Haushalt 2009**

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
meine Damen und Herren,
liebe Ratskolleginnen und –kollegen,

Haushaltsverabschiedung heißt auch gleich Haushaltsreden und das heißt wiederum politische Auseinandersetzung mit den anderen Fraktionen.

Frage: Gibt es etwas von Tragweite, was abzurechnen wäre. Sicherlich ist dies auch eine Frage der Sichtweise. Aber steht nicht über allem die Frage: Was nutzt es Waltrop, was nutzt es unseren Bürgerinnen und Bürgern, hilft es unseren Bemühungen, das Beste für uns alle zu erreichen.

Meine Damen und Herren,
NRW besteht aus 396 Städten und Kreisen. Davon befinden sich 174 in der Haushaltssicherung und viele im Nothaushaltsrecht, wozu auch Waltrop gehört und das schon seit 1993. Die Anlage 1 zum Haushalt 2009 zeichnet unsere gemeinsamen Bemühungen auf, seit 1993 zu sparen, wo es möglich ist, ohne einen Kahlschlag in Waltrop vorzunehmen.

Meine Damen und Herren,
90 Mio Euro haben wir von 1993 bis 2008 eingespart. Eine Summe, wie ich meine, die sich sehen lassen kann.

Aber, dem stehen gegenüber: 120 Mio Euro zusätzliche Ausgaben, die aufgrund von Bundes- und Landesweisungen allein auf Waltrop verlagert worden sind. Alle NRW-Städte gemeinsam wurden mit Milliardenbeträgen belastet.

Eine Differenz somit von 30 Mio Euro, die allein bei uns in Waltrop zusätzlich, salopp ausgedrückt, hängen geblieben ist.

Die Verfassungsklage des Kreises Recklinghausen und seinen 10 Kreisstädten gegen die finanzielle Unterausstattung durch das Land NRW gegenüber seinen Kommunen ist gestellt worden. Diese Unter-ausstattung wird durch die Anlage 1 zum Haushalt besonders deutlich.

Meine Damen und Herren,

die Kreistagsmitglieder des Kreises Recklinghausen, zu denen auch ich gehöre, werden zu entscheiden haben, ob die von den Städten zu finanzierende Kreisumlage in diesem Jahr wieder angehoben wird. Eine Erhöhung, die Waltrop mit weiteren ca. 2 Mio Euro belasten wird.

Meine Damen und Herren,

zur Erklärung, im Jahr 2008 musste Waltrop eine Kreisumlage in Höhe von 14,57 Mio Euro zahlen. Wenn wir der Aufforderung, eine Erhöhung vorzunehmen folgen, wird diese Kreisumlage auf 16,40 Mio Euro steigen. Das bedeutet, dass es zu einer zusätzlichen Belastung aller Kreisstädte in Höhe von 41 Mio Euro kommt. Die Kreistagsfraktionen, insbesondere die der SPD und CDU haben signalisiert, dass sie einer Erhöhung nicht zustimmen werden. Ich meine, eine richtige Entscheidung.

Jetzt wird es besonders interessant, aber auch nachdenkenswert.

Der Regierungspräsident in Münster, der aus der Presse das Verhalten der Kreistagsfraktionen erfahren hat, hat den Landrat mit Schreiben vom 8. April 2009 aufgefordert, die Erhöhung der Kreisumlage durchzusetzen.

Ich zitiere hier aus dem Brief:

In Kenntnis dieser Situation haben sich mehrere Kreistagsfraktionen Anfang des Jahres gleichwohl gegen eine Erhöhung der Kreisumlage ausgesprochen, um die kreisangehörigen Städte nicht weiter zu belasten. Das heißt im Ergebnis, dass eine Überschuldung des Kreises Recklinghausen von einigen Kreistagsfraktionen in Kauf genommen wird.

Ich zitiere weiter:

Diese Vorgehensweise ist allerdings aus hiesiger Sicht weder nachvollziehbar noch kann sie unwidersprochen hingenommen werden. Angesicht der prekären finanziellen Situation ist vielmehr eine unverzügliche Beschlussfassung über den Kreishaushalt zwingend erforderlich.

Weiter ist nachzulesen:

Ich bitte Sie daher, beim Kreistag auf eine kurzfristige Beschlussfassung über den Haushalt 2009 hinzuwirken. Eine Beschlussfassung/Verabschiedung erst in der nächsten turnusmäßigen Sitzung am 22.06.09 halte ich für nicht akzeptabel. Ich bitte Sie, die Kreistagsfraktionen über meine Rechtsauffassung zu informieren.

Zitat Ende

Folgerichtig heißt das: Wenn die Politik diesem Verlangen des Regierungspräsidenten nicht nachkommt, müsse er die Erhöhung per Verfügung anweisen. Ob er das wohl tun wird ?

Meine Damen und Herren,

das ist derselbe Regierungspräsident, der den Städten, auch Waltrop, vorwirft, zuviel Geld ausgegeben bzw. nicht genug gespart zu haben.

Um es salopp auszudrücken, den letzten beißen die Hunde. So sieht die Hackordnung aus: Bund auf Land, Land auf Bezirk, Bezirk auf Kreis, Kreis auf Stadt.

Sie erkennen, dass trotz aller Sparbemühungen der letzten 15 Jahre 30 Mio Euro an einer Stadt wie Waltrop hängen geblieben sind. So geht das nicht!

Meine Damen und Herren,

das ist derselbe Regierungspräsident, der uns im Jahre 2006 den Sparberater aufs Auge gedrückt hat, damit endlich in Waltrop das Sparen beginnen kann. Dieser Sparberater hat schon nach wenigen Tagen, nachdem er seinen Dienst aufgenommen hatte, gesagt, „Wo soll ich denn hier sparen? Es gibt doch nichts mehr, wo ich den Rotstift ansetzen könnte.“ Gebracht hat der Einsatz des Sparberaters nichts, gekostet hat er uns allerdings sehr viel. Das Ergebnis kann wie folgt zusammengefasst werden: Eine Erste-Klasse-Niederlage für das Innenministerium und die Bezirksregierung, unter anderem der Beweis, dass sie nicht

wissen, was in unseren Städten tatsächlich los ist. Die seit Jahren von den Städten geforderte Gemeindefinanzreform wird von den Verantwortlichen in den Wind geschlagen.

Das Zauberwort, das alles zum Positiven wenden sollte, heißt „NKF“, das Neue Kommunale Finanzsystem. Schon heute wird von Experten angezweifelt, dass dies der richtige Schritt gewesen ist. Gesprochen wird über tief greifende Änderungen, einige sprechen sogar von Rückabwicklung des Systems.

Die vorläufige Eröffnungsbilanz, die uns heute vorliegt, macht deutlich, - wenn die vom Kämmerer vorgenommen Prognosen stimmen - dass Waltrop 2012/13 absolut pleite ist. Das Eigenkapital ist dann aufgezehrt; den Schulden steht nicht mehr genügend Vermögen gegenüber. Es hilft uns wenig, zu wissen, dass dies beinahe allen anderen von mir eben schon genannten 174 Kommunen in NRW genau so ergeht. Man darf sich gar nicht vorstellen, was passiert, wenn die Kreditinstitute uns kein Geld mehr geben würden. Alle Städte und der Kreis befinden sich finanziell gemeinsam im freien Fall ins Bodenlose. Wir wissen, dass der kommunale Bankrott allen im Kreis ins Haus steht, wenn sich nichts Tiefgreifendes ändert.

Der neue Handlungsrahmen des Innenministers NRW für 2009 und Folgejahre setzt allem die Krone auf. Anstatt sich endlich Gedanken über die finanzielle Ausstattung der Kommunen zu machen, verschärft er die Auflagen zur Genehmigungsfähigkeit von städtischen Haushalten. Hier wird für mich die Hilflosigkeit unserer obersten Aufsichtsbehörde in Düsseldorf erkennbar.

Meine Partei, die SPD im Kreis Recklinghausen fordert darum die Einrichtung einer BadBank für überschuldete Kommunen. Der Staat hilft ohne viel Federlesens in der derzeitigen Krise mit hohen Milliardenbeträgen den Banken und befreit sie von Risiken, die sie selbst verschuldet haben. Eine solche Hilfe können die Kommunen auch erwarten, zumal sie Lasten und Risiken tragen, die ihnen der Staat durch immer mehr Aufgaben auferlegt hat. Das sind die besagten 30 Mio Euro, die ich schon am Anfang meiner Rede genannt habe.

Auch die jetzige Handlungsweise des Regierungspräsidenten ist ein Zeichen von Hilflosigkeit. Wie finanziell geordnete Zustände erreicht werden können, übersteigt anscheinend die Vorstellungskraft der Kommunalaufsicht. Gleichzeitig stellt das sicherlich eine Retourkutsche des Innenministeriums und der Bezirksregierung dar, weil sich 10 Städte und der Kreis mit der Verfassungsbeschwerde unbotmäßig gezeigt und das Land verklagt haben. Von keinem kann mehr verlangt werden, als er objektiv zu leisten vermag, lautet ein alter Rechtssatz. Hiergegen wird eklatant verstoßen.

Meine Damen und Herren,

zurück zum NKF und zur vorläufigen Eröffnungsbilanz.

Diese Eröffnungsbilanz weist eine so genannte Instandhaltungsrückstellung in Höhe von ca. 4,3 Mio Euro auf. Diese Rückstellung ermöglicht es uns einmalig unter der Voraussetzung, dass der Haushalt 2009 beschlossen wird, Instandhaltungsmaßnahmen durchzuführen, die aufgelistet in der HFA-Vorlage zum 28.04.2009 auf den Seiten 311 bis 317 zu finden sind (Straßen, Schulen, Sportstätten).

Meine Damen und Herren,

ohne beschlossenen Haushalt keine vorgenannten Instandhaltungsmaßnahmen. Der Haushaltsbeschluss hat somit unmittelbare Folgen für die Bürgerinnen und Bürger Waltrops.

Wie uns der Kämmerer mit Nachdruck erklärt hat, wenn der uns vorliegende Haushalt 2009 gemeinsam beschlossen wird, können wir die Instandhaltungsmaßnahmen und die Maßnahmen der Prioritätenliste umsetzen.

Ich werbe daher dafür:

Lassen Sie uns –trotz Wahljahr – für unsere Bürgerinnen und Bürger und somit für Waltrop diesen Haushalt gemeinsam beschließen.

Meine Damen und Herren,

ich möchte natürlich nicht versäumen, hier auf das Zukunftsinvestitionsgesetz – Konjunkturpaket 2 einzugehen. Dieses ermöglicht uns für Waltrop zusätzliche Investitionen in Höhe von 3.631.510 Euro die wir unter dem Tagesordnungspunkt 9 zu beschließen haben. Sie gliedern sich auf in den Schwerpunkt Bildung 2.210.567 Euro und in den Schwerpunkt Infrastruktur 1.420.943 Euro. Die für Waltrop ausgewiesenen Maßnahmen sind der Neubau einer überdachten Wasserfläche, der Ersatzbau Kindergarten Ludgerus, der Austausch von Fensteranlagen in Schulgebäuden, der Einbau eines Fahrstuhls im Rathaus-Altbau, sowie Sanierungsmaßnahmen im Sportzentrum Nord.

Meine Damen und Herren,

die Haushalte der letzten Jahre wurden immer schwieriger. Der Haushalt 2009 hat wieder eine Steigerung gebracht. Hoffentlich wird endlich in Düsseldorf erkannt, dass nicht nur wir mit dem Rücken an der Wand stehen.

Trotzdem stimmt die SPD-Fraktion dem Haushalt 2009 zu. Wir danken dem Kämmerer und seinen Mitarbeiterin für die geleistete Arbeit, die sie mit der Aufstellung des Haushaltes hatten. Insbesondere die vielen Änderungen und die Verschiebung der Haushaltsbeschlussfassung.

Waltrop, den 29. April 2009